

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 122

Bad Schandau, Freitag, den 27. Mai 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Chamberlain teilte im Unterhause mit, daß der englische Gesandte in Peking beauftragt worden sei, englische Unterthanen, die über Sibirien nach London zu reisen wünschten, zu warnen. Die Warnung sei mehr als berechtigt angesichts der antibritischen Demonstrationen, die kürzlich in Moskau und Leningrad stattgefunden hätten.

\* Wie aus Jerusalem berichtet wird, stürzte gestern bei Gaza ein mit zwei englischen Fliegern besetztes Flugzeug ab. Die Insassen wurden getötet.

\* Im Staate Virginia hat eine plötzlich niedergehende Windstöße die Städte Norfolk und Portsmouth sehr stark mitgenommen. Viele Häuser und größere Strecken bebauten Geländes wurden zerstört. 6 Tote und etwa 30 Verletzte werden bisher gemeldet.

## Front gegen Rußland.

Über den jetzt so offenkundig gewordenen Bruch zwischen Großbritannien und Rußland wird uns aus politischen Kreisen geschrieben:

Der schon lange schwärende weltpolitische Gegensatz zwischen Ost und West ist damit zum Ausbruch gekommen, weil er sich jetzt der russische Volkskommissar für das Auswärtige, Tschitscherin, Frankreich von einem festen antirussischen Zusammenschluß mit England abzubringen. Daß diese Front geschlossen ist, muß als das Resultat des soeben erst beendigten Besuchs der beiden französischen Staatsmänner Doumergue und Briand in London betrachtet werden. Vergeblich scheinen daher die großen Angebote zu bleiben, die Tschitscherin jetzt in Paris auch hinsichtlich der Regelung der russischen Vorkriegsschulden an Frankreich zu machen nicht zögert. Die englische Regierung geht aufs Ganze und demgemäß fehlt es in Paris auch nicht an Stimmen, die auch wegen der Sowjetpropaganda es der französischen Regierung dringend empfehlen, sich dem englischen Vorgehen anzuschließen. So verzweifelt wie jetzt ist die diplomatische Lage der Moskauer Regierung seit jener Zeit nicht gewesen, als die Heere der Entente die Bolschewisten in ihrem eigenen Lande bekämpften. Abgekühlt ist das Verhältnis zwischen Italien und Rußland; um nichts besser sind auch die Beziehungen zwischen Moskau und den Randstaaten, nicht zuletzt mit der Kleinen Entente. Daher ist es nicht zuviel gesagt, wenn von einer Einheitsfront Europas gegen den Bolschewismus gesprochen werden kann, wobei nur — Deutschland fehlt.

Wir waren der erste Staat, der mit Rußland nach dem Kriege einen Vertrag abgeschlossen hat, und jenem Abereinkommen von Rapallo aus dem Jahre 1922 folgte dann vier Jahre später der Berliner Neutralitätsvertrag, bald nachdem in Locarno die Verträge mit dem Westen abgeschlossen waren. Daß wir nun durch das Gegenüberstehen der beiden Fronten in eine schwierige Lage gekommen sind, darüber ist man sich in Berlin vollkommen klar. Ob es uns möglich sein wird, diesem Gegensatz gegenüber die Neutralität zu wahren, ist eine zweite Frage. Und schließlich ist es selbstverständlich, daß beim wirklichen Festhalten an einer solchen deutschen Neutralität zwischen Ost und West unsere Lage bei den Verhandlungen über die Rheinlandräumung oder sonstige Fragen, an denen der Westen interessiert ist, alles andere als erleichtert wird. Das gleiche gilt aber auch für die politische Lage an unserer Ostgrenze. Von den wirtschaftlichen Folgen des Bruches zwischen Ost und West soll hier noch nicht geredet werden, — aber auch diese werden für die allgemeine wirtschaftliche Lage Europas recht unerfreuliche sein.

So sind wieder einmal tief schwarze Wolken an dem politischen Himmel Europas emporgestiegen und wir Deutsche, die wir waffenlos sind, können der weiteren Entwicklung nur abwartend gegenübersehen.

Trotz allem, was vorausgegangen war, kommt der jetzt vollzogene Bruch zwischen England und Rußland doch überraschend. Kündigung des Handelsabkommens von 1924 und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen waren ja vor ein paar Monaten durch London schon angedroht worden, aber man glaubte doch nicht, daß die damaligen scharfen Noten nun derartig erhebliche Folgen haben würden. Hatte doch Chamberlain ein paar Wochen nach diesen scharfen Noten bei der Genfer Tagung des Völkerbundes verhältnismäßig verständliche Ausführungen gemacht. Nun wird also künftighin in England kein russischer Beauftragter oder Agent weilen dürfen, der diplomatische Eigenschaften besitzt und damit dem Zugriff der Polizei entzogen ist. Baldwin, der britische Ministerpräsident, betonte aber in seiner Rede, daß dem gewöhnlichen Handelsverkehr zwischen den beiden

Ländern nichts im Wege stünde. Das wird aber nicht von den Engländern allein abhängen!

Die sonstigen Ausführungen des englischen Premierministers stützen sich in der Hauptsache auf die Kunde, die im Londoner Gebäude der Arcos gemacht worden sind. Selbst angenommen, daß sich alles so verhält, wie Baldwin behauptet, teilweise aber nicht beweisen kann — das geheimnisvolle Staatsdokument spielt dabei die Hauptrolle —, so ist das alles doch nur eine formale Begründung anscheinend längst beschlossener Pläne. Eine derartige militärische Spionage, wie sie russischerseits in London eingerichtete worden sein soll, hat an und für sich nichts Auffallendes; solche Dinge leistet sich auch jetzt jeder Staat, soweit ihm das irgendwie möglich ist. Schließlich ist es doch auch nicht so etwas Weltbewegendes, wenn von Moskau aus die Londoner Gesandtschaft aufgefordert

wird, Nachrichten über Ost und West an die Arbeiterpartei und deren Hauptblatt, den „Daily Herald“, gelangen zu lassen. Selbst wenn die Spionageagenten im Auftrage der Moskauer Regierung und im engsten Verein mit der Londoner Sowjetgesandtschaft und der russischen Handelsdelegation gearbeitet haben, um sich in den Besitz wichtiger militärischer Dokumente zu setzen, so wäre auch das stillschweigendem diplomatischen Brauch gemäß noch längst nicht Veranlassung zu einem so scharfen Bruch — wenn eben die Absicht zu diesem Bruch nicht aus anderen Gründen entsprungen wäre. Auch andere Vorwürfe, die Baldwin machte und die sich auf eine Sowjetpropaganda in England selbst, dann aber auch auf antibritische Wühlarbeit in ganz Amerika beziehen, müssen unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Man wolle eine Entscheidung herbeiführen.

## Der englisch-russische Konflikt

Die Unterhausdebatte über den Abbruch der englisch-russischen Beziehungen

London, 26. Mai. Die Unterhausdebatte über den Abbruch der englisch-russischen Beziehungen fand heute bei vollbesetztem Sitzungssaal und vor dichtgedrängten Tribünen statt. Zunächst ergriff Ministerpräsident Baldwin das Wort, um auf einige Anfragen zu antworten. Er teilte u. a. mit, daß die britischen Konsularbeamten, die der britischen Botschaft in Moskau zugeteilt sind, gleichzeitig mit der englischen Mission zurückgezogen werden würden und daß es zurzeit noch ungewiß sei, auf welche Art die britischen Interessen in Rußland in Zukunft vertreten werden sollten. Die Frage wird zurzeit noch erörtert.

Nach ihm ergriff der Arbeiterführer Clynes für die Opposition das Wort und brachte unter dem Beifall seiner Parteifreunde den arbeiterteilischen Antrag ein, wonach ein Ausschuß zur Nachprüfung des der Regierungsentcheidung zugrunde liegenden Materials eingesetzt werden soll. Er begründet diesen Antrag damit, daß es nicht angemessen sei, Rußland ohne vorherigen Protest zu verurteilen. Seine Partei lehne es ab, eine Schuld oder Unschuld Rußlands anzunehmen und verlange, daß das verfügbare Beweismaterial geprüft und ein Urteil erst nach angemessener Untersuchung gefällt werde. In einer so ernsten Angelegenheit dürfe sich der Premierminister nicht auf den bloßen Verdacht verlassen, um ein Urteil zu fällen. Clynes bat sodann den Premierminister um Aufklärung, wie der Handel mit Rußland aufrecht erhalten werden sollte, wenn die extremen Maßnahmen der Regierung erst Wirklichkeit geworden seien.

Hierauf ergriff Chamberlain unter lautem anhaltenden Beifall der Konservativen das Wort. Er gab zunächst seinem persönlichen Bedauern über die Abwesenheit Macdonalds Ausdruck. Er bedauere außerordentlich, daß Clynes in dem mittleren Teil seiner Rede die im ersten Teil enthaltene Vorsicht vergessen und sich zum Verteidiger der russischen Regierung gemacht habe. Die englische Regierung besitze eine Unmenge von Beweisen dafür, daß überall in der Welt bestehende Unruheherde durch die Wühlereien der Sowjetvertreter geschürt würden und das namentlich in allen Teilen des britischen Weltreiches; dagegen müsse sich die englische Regierung nicht nur wahren, sondern auch schützen. An sich habe die englische Regierung nicht die geringste Absicht, sich grundtätig antisowjetische Politik zu eigen zu machen, die mit der in Locarno festgelegten Linie und dem allgemeinen Wunsch Englands, den Weltfrieden zu wahren, in Widerspruch stehen würde. Rußland habe ja bisher wiederholt Gelegenheit gehabt, sich von der Aufrichtigkeit dieser Ziele durch eigene Mitarbeit zu überzeugen. Rußland weigere sich aber nach wie vor, im Völkerverbund mitzuarbeiten. Rußland habe auf der anderen Seite eine Politik betrieben, die offensichtlich und systematisch auf eine Schädigung der britischen Interessen abziele. Die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern seien nicht unbedingt von einem Handelsabkommen und der Gewährung diplomatischer Vorrechte abhängig. Die englische Regierung müsse daher den arbeiterteilischen Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ablehnen und fordere vom Unterhaus ein klares Vertrauensvotum und seine Zustimmung zu den von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen. Sollte das Haus ein solches Votum nicht bringen, so werde die Regierung wissen, was sie zu tun habe.

Nach Chamberlain sprach Lloyd Georges, der zunächst darauf hinwies, daß er selbst seinerzeit das Handelsabkommen mit Rußland abgeschlossen habe. Diese Politik verteidige er noch heute. Bei der Arcos-Angelegenheit müsse man drei Fragen unterscheiden. Die erste Frage laute, ob genügend Beweismaterial vorhanden sei, um den Bruch zu rechtfertigen. Diese Frage könne er bejahen. Die zweite Frage sei, ob es gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt richtig sei, energische Maßnahmen gegen die Sowjets zu ergreifen. Diese Frage müsse er verneinen, denn

nicht nur die kommunistischen Bestrebungen in China seien gefährlich, sondern man müsse auch feststellen, daß die gegenwärtige Regierung Rußlands die gemäßigteste sei, die Rußland seit der Revolution gehabt habe. Er sei auch davon überzeugt, daß der Außenminister diesen Augenblick für den Bruch mit Rußland nicht gewählt haben würde, wenn nicht seine Hand durch seine heißköpfigeren Kollegen gebunden gewesen wäre. Die Frage, ob England durch den Abbruch der Beziehungen etwas gewinne, ließe sich ohne weiteres mit nein beantworten. Die dritte Frage, nämlich, ob die Regierung nicht zu weit gegangen sei, selbst wenn die ersten beiden Fragen zu bejahen seien, könne er daher ebenfalls verneinen, da er feststellen müsse, daß Europa ohnehin voll von Schwierigkeiten sei und daß England durch seine Aktion in dieses unruhige Europa noch den Zankapfel werfe. Der Schritt der englischen Regierung sei ein Schritt ins Dunkle.

## Der Vertrauensantrag der Konservativen.

Nach der Rede Lloyd Georges brachten die Konservativen im Unterhaus folgenden Vertrauensantrag ein:

„Das Unterhaus würdigt die lange Nachsicht der Regierung und ihre zahlreichen Versuche, freundschaftliche diplomatische Beziehungen mit den Sowjetrepubliken zu unterhalten und billigt angesichts der akuten Provokationen ihre Entscheidung, die diplomatischen Privilegien zurückzuziehen, die so schmähtlich verlegt wurden, während es zu gleicher Zeit keine Schwierigkeiten macht, legitime Handelsbeziehungen mit Rußland zu unterhalten.“

Der Auffassung des linken Flügels der Arbeiterpartei gab der Abgeordnete Maxton Ausdruck, der darauf hinwies, daß ein großer Teil der in dem Weißbuch aufgeführten Dokumente nicht das Geringste mit der Arcos-Durchsuchung zu tun habe. Der Konservative Loder-Lampson gab seiner Befriedigung über die Maßnahmen der Regierung Ausdruck. Die Politik der Duldung der britischen Regierung sei ein Fehler gewesen. Einige Unruhe verurteilt die Rede des Arbeiterparteilers Ponsomb, der erklärte, er glaube nicht, daß die Vorwürfe der Lüge und Spionage gegen russische Vertreter in stärkerem Grade erhoben werden könnten, als gegen andere diplomatische Vertreter in Europa. Der Liberale Laurence befürchtete durch den Bruch eine Stärkung der gefährlichen Elemente in Rußland und eine Erschwerung jeder staatsmännischen Arbeit in Europa. Der Konservative Moore ersuchte die Regierung, in der Frage des weiteren Handels mit Rußland eine klare Erklärung abzugeben.

## Der Antrag der Arbeiterpartei vom Unterhaus abgelehnt.

London, 27. Mai. Der Antrag der Arbeiterpartei, der die Einsetzung eines Ausschusses zur Nachprüfung der für die Entscheidung der Regierung maßgebenden Unterlagen verlangte, wurde am Schluß der großen Auslandsdebatte im Unterhaus mit 367 gegen 168 Stimmen abgelehnt. Von der Regierung war der Antrag als Mißtrauensantrag angesehen worden.

## Annahme des konservativen Vertrauensvotums im Unterhaus.

Das Vertrauensvotum der Konservativen für die Regierung wurde mit 357 gegen 111 Stimmen bei 50 Enthaltungen der Liberalen angenommen.

## Das englische Weißbuch über die sowjetrussischen Umtriebe.

London, 26. Mai. Das Weißbuch der englischen Regierung, das die Aufschrift trägt: „Die feindelige Aktivität der Sowjetregierung und der dritten Internationalen gegen Großbritannien“ ist soeben veröffentlicht worden. Der erste Teil des Buches ist mit Papieren angefüllt, die der Polizei bei der Durchsuchung der